



Runder Tisch zu Wien „Ukraine in Europa: Frieden und Entwicklung“

Zweiter Runder Tisch, 03. November 2014

Der Agrarsektor in der Ukraine als Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung, regionale und internationale Kooperation

Memorandum

Eine stabile und moderne Wirtschaft ist die unabdingbare Grundlage für sozialen Frieden und ökonomische Prosperität in der Ukraine. Die Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft bei gleichzeitiger Stärkung der regionalen und internationalen Zusammenarbeit eröffnet nicht nur neue Chancen für Unternehmen, sondern wird sich positiv auf das Leben von Millionen Menschen auswirken und einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung in Europa leisten. Insbesondere die Landwirtschaft kann zur treibenden Kraft für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region werden. Wenn sich das landwirtschaftliche Potential vollumfänglich entfaltet, könnte die Ukraine künftig eine tragende Rolle in der europäischen und globalen Ernährungssicherung übernehmen.

Wirtschaftsvertreter aus der Ukraine und mehreren europäischen Staaten, führende Analysten und Experten diskutierten in Wien die Aussichten eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok sowie Kernfragen der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region aufbauend auf einer starken Agrarindustrie. Der Zweite Runder Tisch zu Wien hat folgende Eckpunkte für eine Reform der Wirtschaft der Ukraine unter besonderer Berücksichtigung des Agrarsektors und zur Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa entwickelt:

- 1. Ein nachhaltiger Aufschwung der ukrainischen Wirtschaft und ein dauerhafter Frieden in der Region sind nur in dem Ausmaß möglich, in dem auch der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit in der Region gesichert ist.** Der gegenseitige Zugang zu historisch zusammengehörigen Märkten, die das Schicksal von Millionen von Arbeitsplätzen in der Region bestimmen, muss gewährleistet und ausgebaut werden.
- 2. Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok ermöglicht die Schaffung eines 700 Millionen Menschen umfassenden Marktes und die Umsetzung beträchtlicher Investitionsprojekte** in den wirtschaftlichen Schlüsselsektoren der betreffenden Länder. Darüber hinaus **stärken diese Länder ihre Position auf den internationalen Märkten** - dies ist von besonderer Bedeutung in einer Zeit, in der sich rund um den Globus supranationale Vereinigungen auf wirtschaftlicher und politischer Ebene bilden.
- 3. Die Handelsbeschränkungen zwischen der EU und Russland sowie zwischen Russland und der Ukraine fügen Unternehmen und Volkswirtschaften enormen Schaden zu und führen zu sozialen Spannungen und einer wachsenden Arbeitslosigkeit.** Unternehmen in der EU, der Ukraine und Russland müssen in einem für sie nachteiligen Wettbewerbsumfeld agieren - vis-à-vis mit Produzenten, die ihrerseits nicht betroffen sind von den Effekten externer nicht-marktbestimmter Barrieren und Restriktionen. **Ein Ende der Sanktionen wird nur durch die Umsetzung der Minsker Beschlüsse zu erreichen sein;** daran müssen alle Unterzeichner des Dokuments mitwirken.

4. Bei einer langfristig ungebrochen hohen Nachfrage nach Lebensmitteln, Energie und technischen Rohstoffen und unter Berücksichtigung der internationalen Wettbewerbsvorteile der ukrainischen Agrarwirtschaft **kann die Landwirtschaft die Initialzündung zum Aufschwung für die gesamte ukrainische Wirtschaft geben. Dies gilt insbesondere für alle Sektoren entlang der agrarwirtschaftlichen Wertschöpfungskette.**
5. Eine **vertiefte wirtschaftlicher Integration der EU, der osteuropäischen Nachbarn der Ukraine und Russlands** durch eine **Stärkung der bestehenden und sich entwickelnden modernen landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten** bietet neue Chancen für Unternehmen und hebt den Lebensstandard der Menschen vor allem in ländlichen Gegenden. Innovationen, Investitionen und der der Zugang zu Märkten werden ausschlaggebend sein für die Entwicklung international wettbewerbsfähiger landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten.
6. **Getreideexporte über die Seehäfen des Schwarzen Meers und des Asowschen Meers sollten nicht beschränkt werden.** Unzureichende Getreideerträge und Handelsbeschränkungen haben im vergangenen Jahrzehnt wiederholt abrupte Preisanstiege auf den globalen Märkten ausgelöst. Die derzeitige politische und wirtschaftliche Krise in Osteuropa kann zu noch größerer Instabilität auf den internationalen Märkten führen und politischen Risiken in den Ländern hervorrufen, die auf Lebensmittelimporte angewiesen sind.
7. Es ist von außerordentlicher Bedeutung, dass die **Entwicklung von offenen und transparenten Bodenmärkte mit einer diversifizierten Eigentümerstruktur einschließlich ausländischer Investoren** gesichert wird; dass offene Landauktionen eingeführt werden; dass Pachtverfahren für bestehende und angehende Pächter erleichtert werden. **Spezielle Finanzierungsinstrumente mit niedrigen Zinssätzen** müssen gerade für kleine und mittlere Landwirte und Unternehmen entwickelt werden aufgrund ihrer beschränkten Finanzierungsmöglichkeiten für den Landerwerb. Als Teil der Dezentralisierungsbemühungen im öffentlichen Sektor **muss den Kommunen das Recht auf Nutzung von staatseigenem Grund und Boden zuerkannt werden.**
8. **Ukrainische Agrarprodukte müssen den Zugang zu den Märkten EU wie auch (wieder) zu Russland erhalten**, was eine Harmonisierung der betreffenden Standards verlangt. **Sanitäre und phytosanitäre (SPS) sowie Verbraucherschutzstandards müssen Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Europäischen und der Eurasischen Union sein.**
9. Innovationen sind eine zentrale Antriebskraft für höhere Produktivität und Effizienz in der Landwirtschaft und sollten unterstützt werden durch den Zugang zu modernen Technologien für ukrainische Landwirte. **Ein Geschäftsumfeld, das die Entwicklung von mittelständischen Unternehmen befördert, wird entscheidend sein für Innovationen und höhere Effizienz wie auch die ländliche Entwicklung.**
10. **Eine staatliche Förderung von Agrarproduzenten muss zielspezifisch sein.** Der Schwerpunkt der Förderung muss zunächst auf jene agrarwirtschaftliche Sektoren abzielen, die den höchsten Mehrwert erwirtschaften und eine kritische Masse an Arbeitsplätzen ländlichen Gebieten schaffen. Hauptziel der staatlichen Förderung sollte die Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors sein. **Der Zugang zu erschwinglicher Finanzierung und Absicherung muss insbesondere für kleine und mittlere Landwirte gewährleistet werden.**
11. **Die Ukraine muss eine langfristige Stabilität ihrer Besteuerungsregeln für die Agrarwirtschaft erreichen** angesichts der für diesen Sektor charakteristischen langen Investitionslaufzeiten und der Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion (Saisonalität, hohe Wetter- und Marktrisiken). Die vom Steuergesetzbuch der Ukraine vorgesehenen Steueranreize für landwirtschaftliche Produzenten bis 2018 müssen erhalten bleiben.

12. Im Rahmen des Freihandelsabkommens zwischen EU und Ukraine (DCFTA) wie auch, möglicherweise, einer Kooperation zwischen EU und der Eurasischen Union sollten **strategische Projekte identifiziert werden. Diese sollten Vorhaben im Agrarsektor beinhalten**, die zur globalen Ernährungssicherung beitragen, die Transport- und Logistikinfrastruktur weiter entwickeln und transnationale Korridore zwischen Europa und Asien schaffen.
13. Die **Förderung des ländlichen Unternehmertums** bringt einen mächtigen Schub für die Entwicklung ländlicher Gemeinden. Dieser Ansatz erfordert die Einführung von Mechanismen zur partiellen Kompensation von Kosten der lokalen Gemeinden, die bei der Entwicklung der ländlichen Infrastruktur und Kommunikationsnetze entstehen; die Schaffung von effizienten Instrumenten für die Finanzierung von KMU beispielsweise durch Vorzugskredite; Implementierung eines landwirtschaftlichen Warehouse Receipt Systems; Schaffung von Warenbörsen mit der Möglichkeit Futures und Terminvereinbarungen abzuschließen; Gewährung von Steuerprivilegien für ländliche KMU.
14. **Hohe Transaktionskosten** für Logistik, Lagerung und eine Vielzahl staatlicher Kontrollmechanismen untergraben die Wettbewerbsfähigkeit und damit Wachstum und Einkommen im Agrarsektor. Zudem ist die **Deregulierung der Agrarwirtschaft ein Kernelement der Anti-Korruptionsbemühungen**. Die Funktionen von Kontrollbehörden dürfen sich nicht überschneiden; die Zahl geplanter und unangekündigter Inspektionen muss minimiert werden.
15. Eine wichtige Aufgabe der Regierung besteht in der **Schaffung von Anreizen zur Entwicklung von Agrarverbänden und -kooperativen**, um die landwirtschaftliche Produktion jenseits der industriellen Massenproduktion anzuregen. Dies kann insbesondere durch maßgeschneiderte Dienstleistungen für klein und mittlere Agrarbetriebe erfolgen. Aufbauend auf den Erfahrungen in Deutschland, Polen und anderen Ländern, sollte gezielt die Beschäftigung in ländlichen Gebieten gefördert werden.
16. **Die Aus- und Weiterbildung von Agrarfachkräften und -management auf allen Ebenen müssen den Anforderungen der modernen Agrarwirtschaft und Lebensmittelindustrie entsprechen.** Das deutsche **System der „dualen Ausbildung“**, wie auch die betriebs- und universitätsübergreifende Kooperation müssen ihren Niederschlag finden in einem **Reformpaket für die Aus- und Weiterbildung im Agrarbereich**. Ukrainische Universitäten müssen studentische Austauschprogramme fördern, international anerkannte und qualifizierte Lehrkräfte einbeziehen, internationale Kooperationen von Universitäten in Forschung und Entwicklung unterstützen und gemeinsame Masterstudiengänge mit Deutschland und anderen europäischen Ländern schaffen.
17. Verlässliche Statistiken und Markinformationen für den Agrarsektor befördern erfolgreiche Geschäftsentscheidungen und Innovationen bei allen Akteuren entlang der agrarwirtschaftlichen Wertschöpfungskette. **Daher müssen offizielle Statistiken und Markinformationen für den Agrarsektor verbessert werden in Abstimmung mit den Agrarverbänden.**

Prof. Dr. Rainer Lindner, Vorsitzender des Vorstandes des Deutsch-Ukrainischen Forums, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

Gerlinde Sauer, Geschäftsführung AG Agrarwirtschaft/ Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Karl-Georg Wellmann, MdB, Vorsitzender der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag